

Provinzielle politische Kultur und extreme Rechte im ländlichen Raum

Brit Engelke & Bernd Belina

Zusammenfassung: Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen trifft auf eine provinzielle politische Kultur. Provinzielle politische Kultur ist dadurch charakterisiert, dass „jede:r jede:n kennt“ und ist, daraus folgend, geprägt durch personenzentrierte Politik, Konformitätsdruck, Konsens- und Harmonieorientierung, Misstrauen gegenüber und Ablehnung von Fremden und insgesamt eine reaktionäre lokale Identität. Im Beitrag wird analysiert, wie sie sich auf das Engagement gegen die umtriebigen extrem rechten Akteur:innen in zwei Nachbardörfern auswirkt. Basierend auf qualitativen Interviews und Beobachtungen wird gezeigt, wie die provinzielle politische Kultur das Engagement gegen Rechtsextremismus in einem Dorf behindert, im anderen jedoch befördert.

Schlüsselbegriffe: ländlicher Raum, Provinzialität, Rechtsextremismus, zivilgesellschaftliches Engagement

Provincial political culture and the far right in rural areas

Summary: Civil society engagement against right-wing extremism in rural areas encounters a provincial political culture. This culture is characterized by the fact that “everyone knows everyone” and, as a result, person-centered politics, pressure to conform, a focus on consensus and harmony, mistrust and rejection of strangers, and an overall reactionary local identity. This article analyzes how this affects engagement against active far-right actors in two neighboring villages. Based on qualitative interviews and observations, it shows how provincial political culture hinders engagement against right-wing extremism in one village but promotes it in the other.

Keywords: rural areas, provinciality, right-wing extremism, civil society engagement

1 Einleitung

Um den Zuspruch zur extremen Rechten zu verstehen, reicht es nicht aus, ökonomische Umbrüche, kulturelle Makro-Prozesse und politische Strategien zu betrachten, die ganze Staaten, Weltgegenden, ja tendenziell den gesamten Globus betreffen (Geiselberger 2017; Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020; Mishra 2017; Mudde 2019). Relevant sind auch und häufig wesentlich lokale Kontexte und damit Mikro-Prozesse (Domann 2024; Grau 2017; Heitmeyer 2014; Mullis 2024; Mullis/Miggelbrink 2022; aus der Praxis: Becker 2016; Vogel 2023). Beim Blick auf konkrete Konstellationen vor Ort wird deutlich, dass Menschen hier, in ihrem gelebten Alltag, politische Positionen entwickeln und handeln und dass sich hier kleinräumig spezifische politische Kulturen dessen konturieren, was als normal und richtig gilt. Eine

solche Perspektive, so notwendig sie ist, läuft allerdings Gefahr, vor lauter Einzelfällen Muster zu übersehen. Ein Muster, das in jüngerer Vergangenheit in den Fokus gerückt ist, ist der Gegensatz von Stadt und Land (Burschel 2010; Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022), der sich auch und gerade in der Praxis der Beratung gegen Rassismus und Rechtsextremismus immer wieder bestätigt (Becker 2016; Vogel 2023). Eine zu einfache Gegenüberstellung von Stadt und Land wird allerdings auch zu recht kritisiert (Klärner/Osigus 2021; Mullis 2024; Förtner et al. 2020). Um die beobachtbaren Ausprägungen von und Erfahrungen mit den Unterschieden in Stadt und Land ebenso ernst zu nehmen wie die geäußerte Kritik an einer zu simplifizierenden Stadt-Land-Unterscheidung, wird in diesem Beitrag vorgeschlagen, bei Beschreibung und Erklärung des Erfolgs der extremen Rechten stattdessen die provinzielle politische Kultur zu fokussieren. Eine provinzielle politische Kultur basiert auf einem Schein der Unmittelbarkeit, tendiert dazu, das Eigene gegen das Fremde zu setzen und wird durch Übersichtlichkeit und Sesshaftigkeit befördert, weshalb sie auf dem Land wahrscheinlicher ist als in der Stadt.

Im Hauptteil dieses Beitrags berichten wir von zwei Nachbardörfern in Norddeutschland, in denen mit der Präsenz von Neonazis sehr unterschiedlich umgegangen wird. Diesen Unterschied interpretieren wir als ermöglicht und verstärkt durch die Spezifika der politischen Kultur auf dem Land, die wir in Anlehnung an Theodor W. Adorno als „provinziell“ kennzeichnen (Kapitel 4). Zuvor skizzieren wir, was wir unter provinzieller politischer Kultur verstehen (Kapitel 2) sowie das methodische Vorgehen (Kapitel 3).

2 Provinzielle politische Kultur

Ausprägungen der politischen Kultur unterscheiden sich häufig auch kleinräumig und prägen die Nahräume des gelebten Alltags. Betont wird, „dass die lokale politische Kultur [...] mitentscheidend dafür [ist], ob es vor Ort eher günstige oder hinderliche Entfaltungsmöglichkeiten [für extrem rechte Organisationen und Gruppierungen] gibt“ (Becker 2016: 447). Im Folgenden erläutern wir unter Bezugnahme auf Beiträge aus Kritischer Theorie, empirischer Rechtsextremismus- und Landforschung sowie Kritischer Geographie unser Verständnis einer provinziellen politischen Kultur, die zentral geprägt ist durch Übersichtlichkeit der Verhältnisse, personenzentrierte Politik, Konformitätsdruck, Konsens- und Harmonieorientierung, Misstrauen gegenüber und Ablehnung von Fremden und insgesamt eine reaktionäre lokale Identität.

Theodor W. Adorno (1963; 2016 [1951]) hat die Begriffe Provinz und Provinzialität an verschiedenen Stellen genutzt, um Mentalitäten zu kennzeichnen, die sich durch Unfähigkeit oder Unwillen zur Reflexion auszeichnen. Provinzialität entspringt sozialen Kontexten, in denen eine Unmittelbarkeit der sozialen Verhältnisse vorzuherrschen scheint (vgl. Belina 2021, 2025). Sie findet sich eher auf dem Land als in der Großstadt und hat zur Folge, dass das Eigene in Abwehr des Fremden tendenziell verabsolutiert wird. Der Schein der Unmittelbarkeit verhindert Reflexion, also ein Hinterfragen und ein Verständnis der Gewordenheit, Vermitteltheit und Ambivalenz von Verhältnissen, Kategorien, Identitäten etc. Als Folge gelten die alltäglich und vermeintlich unmittelbar erfahrenen und erlittenen Verhältnisse, Kategorien und Identitäten als unveränderlich, normal und verteidigungswert. Ähnlich dis-

kutiert Ernst Bloch (1976 [1935]) unter dem Begriff der „Ungleichzeitigkeit“, dass im Kapitalismus der „gleichzeitige“ Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit mit aus früheren Entwicklungsstufen fortbestehenden Klassenpositionen und -interessen koexistiert. Später betont er, dass solche Ungleichzeitigkeit in „Klein- oder Mittelstadt“ (Bloch 1975: 1) weit stärker ins Gewicht falle als in der Großstadt, weshalb falsches Bewusstsein „typisch ist für die Provinz“ (Bloch 1975: 2).

Unmittelbar an Adorno und Bloch angeschlossen haben westdeutsche kritisch-theoretische Debatten zur (Politisierung der) Provinz in den 1970er-Jahren (*Kursbuch* 1975; Herrenknecht 1977, vgl. Belina 2022). Es wurden Merkmale des Provinziellen identifiziert, die sich auch in aktueller empirischer Rechtsextremismus- und Landforschung finden (meist ohne den Begriff „Provinz“ zu nutzen) und eine Operationalisierung provinzieller politischer Kultur auf dem Land erlauben. Dabei wird zunehmend betont, dass die Charakterisierungen infolge des sozialen Wandels auf dem Land (Bätzing 2020; Richter 2019) sowie der „Vielfalt ländlicher Räume“ (Pribs 2020) weder überall auf dem Land noch ausschließlich dort vorzufinden seien – Aspekte, auf die zurückzukommen ist.

Die nach wie vor zentralen Aspekte der „Übersichtlichkeit“ und der „Sesshaftigkeit“ der Vergemeinschaftung auf dem Land (statt vieler: Jetzkowitz 2019: 48) führen häufig zu einer „*gemeinschaftliche[n] Binnenintegration*“ (Heitmeyer 2014: 143; Herv. i. Orig.), die einhergeht mit „Konformitätsdruck“ (Hafeneger/Becker 2008: 41) und „Regeln, die [...] von allen einzuhalten sind, die den Charakter von Pflichten haben“ (Barlösius 2018: 67). Häufig resultieren eine personenbezogene Politik ohne die „vermittelnde[] Funktion von Parteien und Verbänden“ (Schneider 1998: 92, vgl. Effing 2021: 91), eine „Verharmlosung und Relativierung rechter Jugend- und Subkulturen“ (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022: 76), eine „Skepsis gegenüber sogenannten ExpertInnen von außen“ (Simon et al. 2017: 42) sowie „*Etablier-tenvorrechte*“ (Grau 2017: 8; Herv. i. Orig.) für Alteingesessene, wie sie schon in *Etablierte und Außenseiter* (Elias/Scotson 2002 [1965]) identifiziert wurden. Demnach entstehen in Gemeinden aus der Wohndauer von Familien in „mehr oder weniger permanenten Siedlungsgruppen“ (Elias/Scotson 2002: 235) geteilte „Standards und Normen“ (Elias/Scotson 2002: 237), ja eine „ganze[] Lebensweise“ (Elias/Scotson 2002: 237) inklusive „spezifische[r] emotionale[r] Bande“ (Elias/Scotson 2002: 244). In einer solchen sozialen Figuration empfinden und artikulieren alteingesessene „alte Familien“ [...] einen Anspruch auf soziale Distinktion und Überlegenheit“ (Elias/Scotson 2002: 240) gegenüber Hinzugezogenen. Die verschiedenen Folgen von Übersichtlichkeit und Sesshaftigkeit können, wie in Bezug auf die Position zu Geflüchteten auf dem Land formuliert wurde, bis zur „Konstruktion des Eigenen in Abgrenzung beziehungsweise Unterwerfung des Anderen“ (Glorius 2022: 352) führen.

Häufig gilt deshalb, dass „im Zweifelsfall der Einigkeitsgedanke des Dorfes zumindest nach außen hin stärkere Wirkungen entfaltet, als die innere Trennungs- und Konfliktlinie zwischen rechtsextremen und demokratischen Akteuren im Ort“ (Borstel 2010: 353). Dies kann insbesondere in alternden und peripherisierten Dorfgemeinschaften mit prekären staatlichen Infrastrukturen dadurch verstärkt werden, dass sich Rechtsextreme als „Kümmerer“ „für den Ort“ einbringen (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022: 78 f.; Quent 2014: 48). Auch wird die zentrale Bedeutung von „kommunalen Diskursführern“ (Burschel 2010: 20) betont. Sie können durch Schweigen, Abwiegen und Mittun die extreme Rechte stärken. Durch klare Positionierungen gegen sie könnten sie jedoch zentral für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus sein (Vogel 2023: 84). Dem steht häufig die Sorge um den

„Ruf der Gemeinde“ (Becker 2016: 450, vgl. Bürk 2012: 240; Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022: 77) entgegen.

Solche Befürchtungen entstammen auch der Art und Weise, wie die Identität eines Ortes konstruiert wird. In der Kritischen Geographie klassisch ist eine Unterscheidung, nach der „reaktionäre“ Identitätskonstruktionen den Ort nach innen homogen und nach außen klar räumlich abgegrenzt vorstellen. Ein „progressives“ Verständnis versteht Orte als durch eine „spezielle Konstellation sozialer Beziehungen, durch Zusammentreffen und Verflechtungen an einem bestimmten Ort“ (Massey 1994: 154; Übersetzung durch die Autor:innen) konstruiert. Viele dieser Beziehungen werden „auf einer weit größeren räumlichen Maßstabsebene konstruiert [...] als jener, die wir im jeweiligen Augenblick als den Ort selbst verstehen“ (Massey 1994: 154; Übersetzung durch die Autor:innen). Eine solche Eingebundenheit in größere Zusammenhänge hat auf ländliche Räume de facto schon immer zugetroffen (Bätzing 2020: 210). Diese Bestimmung eines progressiven Verständnisses schließt an jene des Urbanen bei Henri Lefebvre an, das für ihn durch Zentralität gekennzeichnet ist. Diese bestimmt er als „reine Form: der Punkt der Begegnung, der Ort einer Zusammenkunft, die Gleichzeitigkeit“ (Lefebvre 1972: 128). Im räumlichen Zentrum können soziale, politische und kulturelle Differenzen aufeinandertreffen, woraus Neues entstehen sowie Widerspruch, Politik und Revolte hervorgehen können. Räumliche Trennung, Segregation und Vereinzelung hingegen sichern den Status quo. Das so verstandene soziale Verhältnis des Urbanen findet sich in den Zentren vieler Großstädte, es kann aber auch, mitunter temporär, im Suburbanen, in kleineren Städten und Gemeinden sowie auf dem Land entstehen, wenn dort Differenzen aufeinandertreffen. Relevant ist deshalb nicht ein vermeintlich eindeutiger und starrer Stadt-Land-Gegensatz, sondern ob und mit welchen Folgen in Stadt, Land und anderswo Zentralität und Differenz das Urbane hervorbringen (Belina 2025, Förtner et al. 2020). Auch Adorno hat Provinzialität nicht auf das Land beschränkt, sondern durch soziale Kontexte bestimmt, die den genannten Schein der Unmittelbarkeit befördern (Belina 2021); und Elias und Scotson (2002: 235) betonen, dass die soziale Figuration der Gemeinde in „Wohneinheiten wie städtische[n] Nachbarschaften, Dörfer[n], Weiler[n], Hütten- oder Zeltsiedlungen“, also in Stadt und Land gleichermaßen, entstehen kann. Ein solches Verständnis provinzieller politischer Kultur, die auf dem Land zwar wahrscheinlicher, in der Stadt aber ebenso vorfindbar ist, korrespondiert sowohl mit dem oben genannten sozialen Wandel und den Binnendifferenzierungen des Landes, die sich auch im Zuspruch zur AfD niederschlagen (Deppisch 2025; Klärner/Osigus 2021), als auch mit den wertvollen Studien zur extremen Rechten in Städten (Mullis 2024; Bescherer et al. 2021).

Häufig befördern die genannten Aspekte einer provinziellen politischen Kultur rechts-extreme Landnahmen (Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022) beziehungsweise Territorialisierungen (Autor*innenkollektiv Terra-R 2025). Sie können aber auch im Kampf gegen Rechtsextremismus mobilisiert werden (statt vieler: Vogel 2023: 84). In welche Richtung sie wirken, kann nur empirisch vor Ort geklärt werden.

3 Methodisches Vorgehen

Die Dörfer Oberhausen¹ und Unterhausen sind Ortsteile der Gemeinde Hausen. Durch ihre geographische Nähe zueinander existieren ähnliche Grundvoraussetzungen. Beide Dörfer liegen in einer sehr ländlichen Region Norddeutschlands mit guter sozioökonomischer Lage. In der Region ist die SPD traditionell stärkste Kraft, die AfD eher schwach. In beiden Dörfern gibt es ein Problem mit der Präsenz rechtsextremer Akteur:innen und dazugehöriger Immobilien.

Die Datenerhebung fand 2022 in Form von leitfadengestützten, semi-strukturierten problemzentrierten Interviews statt. Sowohl in Oberhausen als auch in Unterhausen wurden Interviews mit Personen aus der demokratischen Zivilgesellschaft (IP1, IP2), mit lokalen Verantwortungsträger:innen aus Lokalpolitik und Kirche (IP3, IP4) sowie mit Expert:innen zur Lokalgeschichte (IP5, IP6) geführt. Einige der Interviewpartner:innen haben – wie in ländlichen Regionen üblich – mehrere Positionen gleichzeitig inne. Weitere Gespräche wurden mit Anwohner:innen (IP7, IP8) sowie einem Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams (IP9) geführt. Zusätzlich wurden Eindrücke durch qualitative teilnehmende Beobachtung, u. a. bei Veranstaltungen, gesammelt und in Feldnotizen festgehalten. Die Daten wurden anhand einer qualitativ strukturierten Inhaltsanalyse nach Kuckartz codiert (2018: 97 ff.). Das Material wurde zum Schutz der interviewten Personen so anonymisiert, dass möglichst keine Rückschlüsse auf die Identität von Einzelpersonen gezogen werden können. Auch die Lage der untersuchten Dörfer ist absichtlich nicht genauer beschrieben. Die fehlenden Informationen sind für das Forschungsinteresse nicht von primärer Bedeutung und verfälschen die Forschungsergebnisse nicht. Die lokale politische Kultur ist weitestgehend unabhängig von der Lage und vielmehr bestimmt von der Übersichtlichkeit der sozialen Verhältnisse. Die Forschungsergebnisse sind dementsprechend übertragbar auf andere ländliche Regionen.

4 Die Ausprägung der lokalen provinziellen Kultur in zwei Dörfern

Der Umgang mit den lokalen rechtsextremen Akteur:innen in den beiden Dörfern könnte unterschiedlicher kaum sein. In Unterhausen leistet eine Bürger:inneninitiative seit dem Zuzug eines bundesweit bekannten Neonazis aktiv Widerstand gegen dessen Aktivitäten und hat eine überregional wahrnehmbare Gegenöffentlichkeit geschaffen. In den und mittels der provinziellen Verhältnisse haben die Aktivist:innen es geschafft, den Diskurs zum Thema zu dominieren. Sie konnten lokale und regionale Verantwortungsträger:innen dazu bewegen, klar Haltung gegen Rechtsextremismus zu beziehen. Ganz anders im Nachbardorf Oberhausen. Dort herrscht ein tiefes Schweigen zum Thema Rechtsextremismus vor, obwohl (beziehungsweise gerade weil) das Dorf eine über 100-jährige braune Geschichte hat, mit der auch nach 1945 nicht gebrochen wurde. Im Folgenden diskutieren wir die Situation in den beiden Dörfern zum Zeitpunkt der Datenerhebung. Der Fokus liegt auf der lokalen Identität sowie den negativen und ggf. positiven Auswirkungen der provinziellen politischen Kultur auf die demokratische Kultur.

1 Die Ortsnamen wurden zum Zweck der Anonymisierung verändert.

4.1 Unterhausen

In Unterhausen herrscht im Sinne von Massey (1994) eine „progressive“ lokale Identität vor, die durch Verbindungen mit anderen Orten und Lebensweisen geprägt ist. Bewohner:innen erwähnen, dass im Ort aufgrund seiner Lage zwischen Fluss und Wald schon immer nur wenig Landwirtschaft betrieben wurde. „Hier gab es ja keine Industrie. Und keine Bauernhöfe. Es gab nichts anderes. [...] Das sehen sie ja, die Wälder gehen so dicht dran hier, große Flächen können Sie da nicht bewirtschaften.“ (IP5: 46 f.) Stattdessen war das Dorf ökonomisch bis in die 1950er-Jahre durch Flößerei und Binnenschifffahrt dominiert. Heute versuchen Vereine, die Tradition am Leben zu halten. Ein Gesprächspartner verbindet diese Tradition mit der lokalen Mentalität: „Die Schiffer haben dadurch, dass die hier rausgekommen sind [...] natürlich ne ganz andere, ja, wie soll ich das jetzt formulieren, jedenfalls ne andere Weitsicht.“ (IP5: 56) Er erzählt, wie auch er in seiner Kindheit und Jugend häufig auf dem Schiff lange Strecken mitgefahren sei. Wenn er von seinen Reisen in die Schule zurückkehrte „und meinte ich war auf dem chinesischen Dampfer oder auf dem indischen Dampfer und hab da indisch gegessen, das konnten die gar nicht fassen. Das war einfach ganz anders.“ (IP5: 99) Die Mobilität und das Zusammentreffen mit Personen aus ganz unterschiedlichen Teilen der Welt schaffen in der Selbstwahrnehmung eine Zentralität im Sinne Lefebvres (1972) und stehen im Kontrast zur Ortsgebundenheit in der Landwirtschaft. Die Geschichte des Ortes ist im Alltag auch heute noch präsent und wird als Begründung für Weltoffenheit und Toleranz angeführt. Eine interviewte Anwohnerin meint: „Wir sind sowieso dadurch, dass wir so ein Schifferort sind, [...] immer offen für alles.“ In ironischem Ton fügt sie hinzu: „Leider auch für so Nazis. Das ist echt blöd gelaufen.“ (IP8: 19)

Als weiteres identitätsstiftendes Moment wird in den Interviews immer wieder das Jahr 2015 und die damalige Aufnahme von zu Spitzenzeiten 167 Geflüchteten in Unterhausen genannt. Eine Person, die damals beteiligt war und sich auch heute gegen Rechtsextremismus engagiert, berichtet: „Das war auch viel Arbeit. Aber auch damals war es ein ganz cooler Stamm aus ehrenamtlichen Helfern. Und es wurde echt viel gewuppt. Und wir haben viele – also nicht viele, aber einige, die hiergeblieben sind.“ (IP1: 85) Ein Lokalpolitiker erzählt, dass im Ort Willkommenskultur hegemonial war:

„[I]n diesem Ganzen gab's natürlich auch Menschen, die gesagt haben: ‚Wir müssen die Flüchtlinge nicht hier haben.‘ Aber es hat sich nie offen jemand bekannt und hat gesagt: ‚Also ich stell mich irgendwohin und gröle und sage ‚Hier, die müssen raus!‘ Weil sich das auch, glaube ich, niemand so richtig getraut hat, weil von Anfang an klar war, dass da ein großer Helferkreis da ist und ein großes Willkommen irgendwie war.“ (IP3: 19)

Der Konformitätsdruck der provinziellen politischen Kultur lässt rechtsextreme Positionen weitgehend unsagbar werden. Ein Mitarbeiter der Mobilen Beratung folgert, dass „die Hauptpersonen“ der lokalen Initiative gegen Rechtsextremismus u. a. deswegen „ziemlich entschlossen“ sind und mit viel Selbstvertrauen auftreten, weil sie „in der Erfahrung 2015 [leben], dass sie da den Laden gerockt haben“ (IP9: 48). Erfolgserlebnisse senken die Hemmschwelle für demokratische Akteur:innen, in späteren schwierigen Situationen erneut öffentlichkeitswirksam aufzutreten und aktiv zu werden. Diese Annahme wurde auch durch den Umgang vieler Unterhausener:innen mit Geflüchteten aus der Ukraine 2022 bestärkt. Eine Person aus Oberhausen, die sich vor Ort gegen rechts einsetzt, meint: „Wir haben zwar so das eine oder andere [Angebot], aber im Vergleich [...] zu [Unterhausen]“ sei das „nichts“. Im Nachbardorf würde die Arbeit „vorbildlich“ laufen und die Bewohner:innen würden sich „um ihre Leute“ richtig „kümmern“ (IP2: 63). So speist sich die Initiative, die sich aktuell gegen

Rechtsextremismus in Unterhausen stellt, teilweise aus Personen, die bereits 2015 zusammengearbeitet haben (IP9: 5). Die progressive lokale Identität baut auch auf den Umgang mit Geflüchteten 2015 und 2022 auf. Erneut produziert das Zusammenkommen von Differenz eine urbane Situation im Sinne Lefebvres (1972), in der Progressives möglich wird.

Viele weitere Aspekte des Zusammenlebens in Unterhausen können als „provinziell“ im oben genannten Sinne bestimmt werden. In den Interviews geht es immer wieder um die Übersichtlichkeit der sozialen und politischen Verhältnisse. So meint ein Vertreter der Lokalpolitik, es sei „ja immer so ‘ne Frage auf dem Dorf: Was heißt kennen? Wen kennt man und wen nicht? Da ist eher die Frage von wem weiß man nicht, wer er ist.“ (IP3: 46) Es sei ganz normal, wenn ihn Leute, die während des Interviews an uns vorbeigehen, grüßen und ansprechen (IP3: 46). Es scheint keine klare Trennung zwischen der öffentlichen, beruflichen und der privaten Sphäre zu geben.

Eine weitere Folge der Übersichtlichkeit ist eine Entpolitisierung der Lokalpolitik. Von der in Unterhausen dominanten SPD sagt ein lokalpolitisch engagierter Anwohner, dass man sie „hier nicht unbedingt als linkslastig [...] bezeichnen“ kann (IP5: 27). Auf die Frage, ob er SPD-Mitglied sei, erwidert er: „Jaja, wer soll ich denn sonst sein? In ‘nem Ort, wo 60 Prozent SPD ist, da kann ich doch nicht CDU sein, da ist man ja ‘ne Randgruppe. Da [...] fällt man ja unter die Fünf-Prozent-Klausel hier.“ (IP5: 23) Ein Lokalpolitiker erzählt, er sei SPD-Mitglied „weniger aus Überzeugung, sondern aus Tradition“ (IP3: 5). Auch sei er in sein Amt „reingerutscht“ (IP3: 5). Nicht Parteien sind wesentlich für die provinzielle politische Kultur, sondern etablierte Netzwerke – sowie die Herkunft von Personen. So hat jeder Ortsteil von Hausen seine eigene SPD-Fraktion. Eine übergeordnete Fraktionsbildung kommt nicht zustande. „Als Politik bezeichnet [würde] zum Beispiel der Kampf: Welcher Ort hat die Schule, welcher Ort hat den Bürgermeister, welches Schwimmbad lassen wir offen?“ (IP1: 47) Zivilgesellschaftlich Engagierte kritisieren dies:

„Also ich find das zu ländlich. Und das sind auch wirklich Themengebiete, die mich nicht interessieren. Und ich finde eben dann auch hier die Denke sehr eingeschränkt. Also wenn es darum geht, dass man einen Bürgersteig von Unkraut befreien muss, sind sie alle ganz dabei.“ (IP1: 53)

Wichtig ist zudem, ob eine Person zu den traditionellen Honoratioren (oder „alten Familien“ von Elias/Scotson 2022: 240) gehört. Es gebe eine Gruppe von „üblichen Verdächtigen“ (IP3: 67), die sowohl in Vereinen als auch in der Lokalpolitik aktiv sind. Bei Entscheidungsfindungen und Diskussionen gehöre es sich, diese Personen einzubeziehen. Andernfalls riskiere man Konflikte (IP1: 47, 93). Politische Debatten und Dissens werden so vermieden. Interessenskonflikte verlaufen eher entlang von Ortsgrenzen als zwischen Parteien.

Die Provinzialität von Unterhausen war zunächst ein Hindernis im Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie ist aber auch die Grundlage für das große Engagement. Wir diskutieren beide Seiten nacheinander. Zu Beginn gab es Versuche, den zugezogenen Neonazi möglichst wenig zu thematisieren, weil „wir uns nicht als braunes Dorf sehen“ (IP3: 21). Diese anfängliche provinzielle Strategie, den Ruf des Ortes zu schützen, erübrigte sich aufgrund von überregionaler Berichterstattung über den Zuzug des Neonazis. Die Entpolitisierung der Lokalpolitik war der Demokratieförderung zunächst hinderlich. Auf die Frage, ob der Initiative manchmal Steine in den Weg gelegt werden und wenn ja, wodurch, antwortet eine aktive Person sehr direkt: „Kommunalpolitik.“ (IP1: 55) Insbesondere kritisiert sie die Art, wie in Unterhausen Entscheidungen gefällt werden: „Die lokalen politischen Akteure“ fühlten sich leicht übergangen, weil sie „das Gefühl [haben], dass sie gefragt werden müssten bei

allem“. Dass engagierte Personen „jetzt einfach so daherkommen und [...] so einen Verein“ machen, das sei „nicht so vorgesehen“ (IP1: 93).

In übersichtlichen Verhältnissen ist es kaum zu vermeiden, den Neonazis, gegen die man protestiert, auch zu begegnen und bedroht zu werden bzw. sich bedroht zu fühlen (Vogel 2023: 77). So wurden bei einer Kundgebung in nächster Nähe der Neonazi-Immobilie vom Gelände Drohgebärden gezeigt und gebrüllt. Eine Demonstrantin berichtet:

„Aber ich hab da so die Erfahrung gemacht – das gezwungene Zusammenleben mit den Nazis bedingt schon einfach ein paar andere Handlungsstrukturen. [...] Ich kann nicht nur drüber reden. In der Stadt kann ich [...] sagen: ‚Oh, guck mal nach [Häusern], Hammer. Haben jetzt die zweite richtig harte Ecke.‘ Aber ich steh dann da oben aufm [...] Platz und steh da und die gucken von oben runter. Das ist schon was anderes.“ (IP1: 14)

Die Kundgebung fand unter Polizeischutz statt und es kam nicht zu Auseinandersetzungen. Trotzdem ist die Situation im Gedächtnis geblieben und hat zu Verunsicherung geführt, so wie Einschüchterungen durch Neonazis in provinziellen Kontexten allgemein weniger über das tatsächlich provozierende Auftreten im Ortsteil funktionieren, sondern vor allem „über die Annahme der Bedrohung“ (Bürk 2012: 196).

Auch wurde davon berichtet, dass die Mehrheitsbevölkerung sich an der Präsenz eines bekannten Neonazis so lange nicht weiter störte, wie er im Ort unsichtbar blieb. Die Situation wird, ganz im Sinne der Reflexionsverweigerung, die nach Adorno den Kern der Provinzialität ausmacht, etwa folgendermaßen beschrieben:

„Die Leute wissen schon Bescheid. Aber ich hab so das Gefühl, der normale Bürger, der redet da nicht drüber. [...] Vielleicht ist es Desinteresse, vielleicht ist es auch – man wird ja nicht damit konfrontiert. Wenn man nicht mit den Leuten direkt konfrontiert wird – den normalen Älteren, den interessiert das nicht in der Form. Das ist halt so. [...] Die kennen ihn auch nicht. Die haben den noch nie gesehen. Also sagen sie: ‚Warum sollen sie sich dann drüber aufregen?‘“ (IP5: 32–36)

Wenn nur von Interesse ist, was einen persönlich betrifft oder wen man persönlich kennt, wenn also die Unmittelbarkeit fehlt, wird auch ein persönlich unbekannter Neonazi ignoriert. Hinzu kommt, dass dessen Immobilie am Ortsrand liegt und er „kaum gesichtet“ (IP8: 7) werde.

In Unterhausen wird aber auch deutlich, dass die Übersichtlichkeit kleiner Gemeinden nicht nur negative Auswirkungen auf demokratisches Engagement haben muss, sondern auch aktivierendes Potenzial entfalten kann. So klingt in verschiedenen Interviews an, dass sich Informationen in Unterhausen schnell verbreiten. Ein junger Anwohner meint, dass der Zuzug des Neonazis „besonders jetzt auf dem Dorf hier sich doch gut rumgesprachen hat“ und „wer das nicht mitbekommen“ hat, müsse „schon echt auf der langen Leitung stehen“ (IP7: 3, 5).

Die direkte Kommunikation hat auch einen positiven Effekt auf die Informationslage. Eine Anwohnerin erzählt, dass sie die Neonazis als solche identifiziert hat, weil sie in Erscheinungsbild und Verhalten nicht den provinziellen Konformitätsregeln entsprachen:

„Weil normalerweise ist das so, wenn man aufm Dorf dazu zieht, und Nachbarschaft, dann sagt man mal ‚Hallo, ich bin der und der und ich wohne jetzt hier.‘ Da war ja nichts. Das waren immer wieder andere Gestalten, die auch ziemlich, sag ich mal, denen wollt ich auch nicht so unbedingt im Dunkeln begegnen. Dadurch hat das ja erst geklackert bei mir, was da abgeht, und bin hier am Rathaus hin und hab gefragt: ‚Sagt mal, was ist denn da los?‘“ (IP8: 7)

Die erhöhte Polizeipräsenz im Ort seit dem Zuzug der Neonazis sorgt im normalerweise ruhigen, provinziellen Alltag ebenfalls für Informationsverbreitung. Eine interviewte Person meint, dass „jeder das mitbekommen“ habe durch „die ganze Publicity, die da jetzt auch

passiert und die Nachrichten und die Polizeipräsenz“ (IP7: 3). Eine andere erklärt, dass in Unterhausen „schon Aufruhr [ist], wenn da oben vier Polizeibusse stehen“ (IP1: 18).

Weil die Mehrheit der Leute im Ort weiß, wer sich gegen Rechtsextremismus einsetzt, werden aktive Personen darüber informiert, wenn etwas in Zusammenhang mit den Neonazis beobachtet wird. Eine Aktive erzählt leicht belustigt: „mittlerweile, [...] wenn [der Neonazi] irgendwo hier auftaucht, [...] krieg ich ne Nachricht von irgendwem. ‚[Der Neonazi] ist an der Grillstation.‘ Okay. Läuft echt gut.“ (IP1: 22) Auch zeigt eine Interviewpartnerin Notizen zu Geschehnissen rund um die rechtsextreme Immobilie. Das Beobachten der Aktivitäten der Neonazis wird durch die Übersichtlichkeit der sozialen Verhältnisse erleichtert.

Für die politische Arbeit der engagierten Personen waren außerdem die kurzen Distanzen sowie der hohe Bekanntheitsgrad im Dorf untereinander von Vorteil. So treffen sich Vertreter:innen der Lokalpolitik und zivilgesellschaftlich Aktive auch privat und sprechen über die politischen Belange vor Ort (IP1: 77). Der gemeinsame Bezugspunkt über den Ort, an dem man lebt, ermöglicht Austausch. Ähnlich funktionierte die Kontaktaufnahme zu lokalen Abgeordneten in Land- und Bundestag, die die Bürgerinitiative unterstützen.

Eine Bürger:innenversammlung, auf der Maßnahmen zur langfristigen Förderung der Demokratie vor Ort besprochen wurden, fand unter Polizeischutz statt, da Störungen befürchtet wurden. Die Veranstaltung verlief jedoch ohne Zwischenfälle. Auch der stellvertretende Bürgermeister, der für den Amtsinhaber aufgrund einer Erkrankung einspringen musste und die Anwesenden begrüßte, und der als rechtskonservativer Kritiker der Initiative bekannt ist, brachte seinen Widerspruch nicht zum Ausdruck. Dies bekräftigt den Eindruck, dass in Unterhausen demokratische Stimmen in der öffentlichen Diskussion hegemonial sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es den demokratischen Akteur:innen in Unterhausen auch und gerade aufgrund der provinziellen politischen Kultur gelungen ist, die Deutungshoheit zum Umgang mit dem zugezogenen Neonazi zu erreichen. Obschon die Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus nur aus rund 40 Personen besteht und die Anzahl der Aktiven weit geringer ist, ist es ihr gelungen eine „kritische Masse“ (IP9: 48) zu mobilisieren und mittlerweile vor Ort klar den Diskurs zum Thema zu bestimmen.

4.2 Oberhausen

Ganz anders stellt sich die Situation in Oberhausen dar. Der Ort war ein Arbeiterbauerndorf.² Seit der Industrialisierung sind die Einheimischen mehrheitlich Arbeiter:innen, etwa in einer seit dem Ende des 19. Jahrhunderts existierenden, nahegelegenen Fabrik. Gleichzeitig blieben die meisten Nebenerwerbslandwirt:innen. So wurden viele Fabrikarbeiter:innen langfristig sesshaft und die Landwirtschaft spielte für die Bewohner:innen des Ortes eine identitätsstiftende Rolle. Bei der Reichstagswahl 1930 votierten über 42 Prozent für die NSDAP, weit mehr als im Kreis-, Landes- und Reichsdurchschnitt. Nahezu die gesamte Dorfelite stand ihrer Politik sehr nahe und auch die Mittelschicht sowie wichtige Vertreter:innen der Arbeiter:innenschaft begrüßten und unterstützten sie. Bereits 1932 war das Dorf fest in Nazi-Hand. In der Dorfchronik wird Oberhausen als „nationalsozialistisches Musterdorf“ bezeichnet. Auch nach 1945 wurde an diese Traditionen angeschlossen. Für diese Entwicklung steht heute ein

2 Um die Anonymität zu gewährleisten, werden keine genauen Quellen zu den Angaben zur Historie des Dorfes gemacht. Die Informationen stammen aus der Ortschronik sowie einem Buch über die Geschichte der Region während der NS-Zeit.

Laden und seine Betreiberin, die versucht, die lokale rechtsextreme Geschichte überregional zu vermarkten.

Trotz der Übersichtlichkeit gebe es in Oberhausen, so eine engagierte Person aus der Zivilgesellschaft, keine „richtige Dorfgemeinschaft“ (IP2: 50). Ein lokaler Verantwortungsträger bezeichnet den Ort als „Schlafdorf“, in dem die meist pendelnden Bewohner:innen „irgendwie seine [bzw. ihre] Ruhe haben“ wollen (IP4: 36). Die Lokalpolitik bestehe in den „dörfliche[n] Strukturen mehr oder weniger nur [aus] Verwaltung“, was mit einer starken Entpolitisierung einhergehe. Es herrsche „politische Ahnungslosigkeit“ (IP4: 28).

In dieser Konstellation wird die rechtsextreme Geschichte des Ortes und seiner Bewohner:innen noch heute von vielen verharmlost. Ein Interviewpartner, der sich mit der Lokalgeschichte auseinandergesetzt hat, verteidigt beispielsweise das Werk einer bekannten Persönlichkeit aus Oberhausen, welches eindeutig antisemitische und völkische Ideologie vermittelt. Er meint, man müsse es „aus der Situation heraus sehen“. Eigentlich hätten die Nazis es „mehr oder weniger so ein bisschen missbraucht“ (IP5: 38). Den Ort gegen Kritik von außen zu verteidigen ist Ausdruck einer reaktionären lokalen Identität und typisch provinziell. Stärker noch ist in Oberhausen die Tendenz zum „Totschweigen“ (IP1: 65) der rechtsextremen Kontinuitäten, das eine weitere engagierte Person als „aktives Schweigen“ charakterisiert – es würde das Thema gewechselt und nicht darauf eingegangen. Die Folge: „Wenn sie die Jünger fragen, die wissen das nicht. Die haben von dem [...] sowieso noch nie was gehört“ (IP5: 40). Im Gespräch mit einem 18-jährigen Anwohner wird diese Einschätzung bestätigt. Konfrontiert mit der politischen Position der Ladeninhaberin und der Geschichte des Ortes, ist er sichtlich überrascht: „Krass, das ist echt gut zu wissen. Also ich hab das bisher noch nie gehört und noch nie wahrgenommen.“ (IP7: 13)

Stattdessen erfährt die Betreiberin des Ladens breite Akzeptanz. Ihr werden Etablierungsvorrechte zugesprochen, weil sie schon lange im Ort wohnt und der Laden sogar noch länger existiert, sie also zu einer „alten Familie“ (Elias/Scotson 2002) gehört. Ein Lokalpolitiker meint, die Leute hätten die Dinge „einfach so hingenommen, weil sie es wahrscheinlich auch von jeher nun mal so kannten, dass [der Laden] da ist“. Sie sind „damit groß geworden“ (IP3: 53). Eine engagierte Person führt an, dass die Ladeninhaberin im Gegensatz zum zugezogenen Neonazi in Unterhausen „dort einfach so lange schon wohnt“ (IP1: 65). Ein lokaler Verantwortungsträger erklärt, das Geschäft werde im Ort genauso als eine Konstante wahrgenommen „wie die Linde vor der Kirche“ (IP4: 19). Im Gespräch erzählt eine Frau, sie sei früher die Nachbarin der Eltern der Ladeninhaberin gewesen. Man habe sich gekannt und sei gut miteinander ausgekommen. Heute hat sie sich aufgrund der extrem rechten Ausrichtung des Ladens dazu entschlossen, nicht mehr dort einzukaufen und die Inhaberin nicht mehr zu grüßen. Diese zunächst wenig konfrontativ erscheinende Art der Auseinandersetzung bricht aber im provinziellen Kontext mit grundlegenden informellen Verhaltensregeln – etwa der dörflichen „Pflicht zu Grüßen“ (Barlösius 2018: 64) – und bedrückt sie sichtlich.

Die extrem rechte Geschäftsfrau in Oberhausen ist zudem gut integriert, weil sie sich in der Vergangenheit in verschiedenen Vereinen engagiert und die Krankenpflege vor Ort organisiert hat – angeblich ohne dabei ihre Gesinnung aktiv zu zeigen. Die Situation entspricht beinahe exemplarisch der rechten ‚Kümmererstrategie‘.

„Wäre sicherlich ganz anders gewesen, wenn sie das aktiver nach außen getragen hätte. Wenn sie gesagt hätte: ‚Hier, die [...] Krankenpflege ist aber besser, wenn du Mein Kampf auf dem Bett liegen hast, dann wirst du besser behandelt.‘“ (IP3: 53)

In Oberhausen führt das Engagement der alteingesessenen Rechtsextremen dazu, dass sie akzeptiert und gegen Kritik verteidigt wird. Nachdem der Laden von Linken beschädigt wurde, haben sich viele mit der Betreiberin solidarisiert und einen Vertreter der Lokalpolitik gefragt, ob er „denn mal bei ihr gewesen [sei], um ihr beizustehen“ (IP3: 61).

Das demokratische Engagement gegen Rechtsextremismus in Oberhausen ist in dieser Situation durch wenige Einzelpersonen geprägt. Ein lokaler Verantwortungsträger, den Dritte als „Diplomat“ bezeichnen, führt aus, man müsse „immer noch einem Menschen ‚Guten Tag‘ sagen, auch wenn sie nicht zurückgrüßt“ (IP4: 17). Sie bleibe „eben ein Mensch im Dorf und mit dem muss man leben“ (IP4: 19). Sein Engagement und das seiner Frau besteht im Versuch, durch offene Jugendarbeit die Situation von unten – und dabei weniger sichtbar – zu verändern.

Für offen Engagierte ist die provinzielle Nähe ein großes Problem. Eine Nachbarin der rechtsextremen Ladeninhaberin erzählt, es sei jetzt, da sie und ihr Mann sich offen gegen Rechtsextremismus positionieren, „richtig schlimm“ geworden (IP2: 5). Die politische Auseinandersetzung habe unmittelbar zu Konflikten auf der persönlichen Ebene in der Nachbarschaft geführt. Es sei z.B. regelmäßig die Garage zugeparkt und die Nachbarin reagiere „unfreundlich“ und „unverschämt“, wenn man sie darauf anspreche. Außerdem würde sie „nicht mal mehr“ grüßen und erzähle ihrer Kundschaft sowie der übrigen Nachbarschaft, die engagierten Nachbarn seien „die Bösen“, die „Unruhe“ stiften. Sie sei „richtig giftig“ in ihren Aussagen über das Paar (IP2: 3). Dadurch, dass die Rechtsextreme im Nachbarhaus lebt und arbeitet, sei sie „immer da“ (IP2: 19) und es gebe im Alltag kaum Situationen, in denen die „Feindschaft“ (IP2: 6) nicht präsent sei.

Zusammenfassend scheint der Großteil der Bewohner:innen Oberhausens die Ladeninhaberin nicht als offen rechtsextrem wahrzunehmen oder doch zumindest ihre politische Ausrichtung zu ignorieren. Ausschlaggebend hierfür sind Aspekte der provinziellen politischen Kultur im Dorf, nach der sie zur Gemeinschaft gehört, weil sie und ihre „alte Familie“ (Elias/Scotson 2002) schon immer dort leben und sie außerdem ‚viel Gutes getan‘ habe. Das überwiegt im Zweifel die Kritik an der von ihr vertretenen rechtsextremen Ideologie. In dieser Situation sind Demokratieförderung und der Kampf gegen Rechtsextremismus schwierig bis gefährlich.

5 Fazit

In der empirischen Analyse wurde deutlich, dass die provinzielle politische Kultur einen entschlossenen Umgang mit Rechtsextremismus deutlich erschweren kann. Gleichzeitig sind Konstellationen sichtbar geworden, in denen sie sich begünstigend auf Demokratieförderung und Projekte gegen Rechtsextremismus auswirken kann. Trotz ähnlicher Bedingungen unterscheidet sich in den beiden Dörfern der Umgang mit den jeweiligen rechtsextremen Akteur:innen grundlegend. Als Erklärung dafür wurde zum einen erläutert, welche lokale Identität in den beiden Orten aufgrund der spezifischen Lokalgeschichte vorherrscht. Der Vergleich, bei dem sich (die Erinnerung an) Binnenschifffahrt und Landwirtschaft als prägende Erwerbstätigkeiten gegenüberstehen, legt nahe, dass der kollektive Bezug auf die mobile, nicht ausschließlich sesshafte Alltagsgeschichte in Unterhausen die Identität des

Ortes in einer Weise geprägt hat, die mit Lefebvre als Zentralität und mit Massey als progressiv gekennzeichnet werden kann. Im Umgang mit Geflüchteten 2015 und 2022 sowie erneut im Aktivismus gegen den zugezogenen Neonazi wurde hieran angeschlossen. Ein solch progressiver Bezug auf die Ortsidentität findet im landwirtschaftlich geprägten Oberhausen, in dem zudem die Nazis schon vor 1933 stark waren und rechtsextreme Akteur:innen eine lange Geschichte haben, nicht statt.

Zum anderen wurde gezeigt, wie verschieden die provinzielle politische Kultur in den beiden Dörfern zum Tragen kommt. Ein entscheidender Aspekt für die Unterschiede im Umgang mit Rechtsextremismus in den beiden Nachbardörfern ist die Herkunft und Wohndauer der rechtsextremen Akteur:innen. Während der zugezogene Neonazi in Unterhausen als von außen kommende Bedrohung wahrgenommen wird, immunisieren ihre Etabliertenvorrechte die Ladeninhaberin in Oberhausen vor Kritik. Die provinzielle Lebensweise in einer unabhängig von politischen Ansichten zusammengehörenden Gemeinschaft, über deren Mitgliedschaft in erster Linie die Herkunft einer Person entscheidet, ist in beiden Ortsteilen grundlegend und führt zu sehr unterschiedlichen Umgängen mit den rechtsextremen Akteur:innen.

Auch die provinzielle Sorge um den Ruf des Ortes trug in Unterhausen nach der bundesweiten Medienberichterstattung zur Mobilisierung gegen Rechtsextremismus bei. Die Identifikation mit dem eigenen Herkunftsort – ein Denkmuster, das häufig zu reaktionären Tendenzen führt – konnte hier demokratisches Engagement bestärken. In Oberhausen sieht man hingegen, dass das Zusammenleben in einem ‚Schlafdorf‘ und die dadurch teilweise fehlende Identifikation der Bewohner:innen mit ihrem Nahraum auch zu Desinteresse gegenüber den stattfindenden Prozessen führen kann. Im Dorf dominiert der Rückzug ins Private. In einer solchen politischen Kultur scheinen die Menschen in erster Linie an Ruhe und am Erhalt des Status quo interessiert. Das erschwert sowohl die Problematisierung rechtsextremer Strukturen vor Ort als auch ein demokratisches Engagement ‚für den Ort‘.

In der Analyse wurden weitere Aspekte deutlich, die in der Literatur als Aspekte einer provinziellen politischen Kultur beschrieben wurden, die unter den richtigen Bedingungen auch unterstützend auf demokratische Projekte wirken können. Dies betrifft zum einen die ländlichen Verkehrsformen, die ermöglichen, dass schnell eine Gegenöffentlichkeit entstehen kann und politische Akteur:innen zügig von lokalen Entwicklungen erfahren und reagieren können. Zum anderen zeigen die Verhältnisse in Unterhausen, dass auch die soziale Kontrolle und der Konformitätsdruck in kleineren Gemeinden zur Stärkung demokratischer Positionen beitragen kann. Wenn demokratische Akteur:innen die hegemoniale Position im lokalen Diskurs erlangen, werden auch antidemokratische Stimmen, die bspw. Rechtsextremismus verharmlosen oder sich rassistisch äußern, zurückgedrängt. Um die provinzielle politische Kultur für demokratische Anliegen zu nutzen, ist die Unterstützung durch lokale und überregionale Verantwortungsträger:innen zentral.

Ländliche Räume unterscheiden sich voneinander – nicht nur zwischen Ost und West, prosperierend und ‚abgehängt‘, zentrumsnah und peripher, sondern, wie das Beispiel der Nachbardörfer Unter- und Oberhausen zeigt, mitunter auch sehr kleinräumig. Entsprechend existiert keine Standardstrategie im Umgang mit Rechtsextremismus auf dem Land. Einerseits. Andererseits ist es, um die Ausprägung rechtsextremer Umtriebe und Gegenmobilisierungen zu erklären, gleichwohl sinnvoll und notwendig, die tendenziell provinzielle politische Kultur auf dem Land ernst zu nehmen. Übersichtlichkeit und Sesshaftigkeit resultieren häufig in spezifischen Konstellationen, die der extremen Rechten in die Hände spielen.

Sie können aber auch für demokratische Gegenmobilisierungen nützlich sein, wenn sie aktiv genutzt werden. Um nicht in einen simplifizierenden Stadt-Land-Gegensatz zu verfallen, ist es also zentral, zunächst zu fragen, ob es vor Ort Elemente einer provinziellen politischen Kultur gibt, mithin die lokale Situation und die Einzelfälle ernst zu nehmen. Zugleich muss man dabei nicht ‚bei null‘ beginnen: die Wahrscheinlichkeit, dass eine provinzielle politische Kultur vorliegt, ist in ländlichen Siedlungsformen wahrscheinlicher als in Großstädten. Mit dieser Perspektive können die Erfahrungen aus der (Beratungs-)Praxis und die Ergebnisse zahlreicher empirischer Studien gleichermaßen ernst genommen werden.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (2016 [1951]). *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1963). Philosophie und Lehrer. In Theodor W. Adorno, *Eingriffe. Neun kritische Modelle* (S. 29–53). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Autor*innenkollektiv Terra-R (2025). *Das Ende rechter Räume. Zu Territorialisierungen der radikalen Rechten*. Münster: Westfälisches Dampfboot. <https://doi.org/10.56715/978398634192>
- Barlösius, Eva (2018). Dörflichkeit? Theoretische und empirische Reflexionen über einen heterodoxen Begriff. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 66(2), S. 55–68.
- Bätzing, Werner (2020). *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München: C. H. Beck. <https://doi.org/10.17104/9783406748271>
- Becker, Reiner (2016). Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus. In Wolfgang Frindte; Daniel Geschke; Nicole Haußecker & Franziska Schmidtke (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“* (S. 443–461). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09997-8_19
- Belina, Bernd (2025). Provinzialität: zur Geographie einer Denkweise. In Johanna Niendorf; Fiona Kalkstein, Henriette Rodemerk & Charlotte Höcker (Hrsg.), *Antifeminismus und Provinzialität. Sozialpsychologische Perspektiven auf eine verankerte Geisteshaltung* (S. 19–38). Bielefeld: transcript. DOI: 10.14361/9783839476703–003.
- Belina, Bernd (2022). Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre. Zum Ressentiment gegen „urbane Eliten“. *Berliner Debatte Initial*, 33(3), S. 39–50.
- Belina, Bernd (2021). „Provinzialität“ bei Adorno. *Geographische Zeitschrift* 109(2–3), S. 105–125. DOI 10.25162/gz-2021–0009.
- Bescherer, Peter; Burkardt, Anne; Feustel, Robert; Mackenroth, Gisela & Sievi, Luzia (2021). *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bloch, Ernst (1976 [1935]). *Erbschaft dieser Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bloch, Ernst (1975). Gespräch über Ungleichzeitigkeit. *Kursbuch*, 39, S. 1–9.
- Borstel, Dierk (2010). Fazit der Regionalanalysen. In Hubertus Buchstein & Gudrun Heinrich (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum* (S. 339–356). Schwalbach: Wochenschau.
- Bürk, Thomas (2012). *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Burschel, Friedrich (2010). Verlorene Landstriche. Herausforderungen in den „Entleerungsräumen“: rechter Mainstream und rechtsextreme Verankerung in der Provinz. In Friedrich Burschel (Hrsg.), Stadt, Land, Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz (S. 10–21). Berlin: Dietz.
- Deppisch, Larissa (2025). „Wir sind nur Menschen zweiter Klasse“. Vom Abbau der Daseinsvorsorge und Aufstieg des Rechtspopulismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 75 (10–11), S. 45–53.
- Domann, Valentin (2024). Rechte Refiguration. Räume der alltäglichen Normalisierung des populistischen Rechtsradikalismus. sub|urban, 12(1), S. 11–38. <https://doi.org/10.36900/suburban.v12i1.923>
- Effing, Klaus (2021). Politische Partizipation im ländlichen Raum. In Frank Bätge; Klaus Effing; Katrin Möltgen-Sicking & Thorben Winter (Hrsg.), Politische Partizipation (S. 83–93). Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-33985-2>
- Elias, Norbert & Scotson, John L. (2002 [1965]). Etablierte und Außenseiter. Übersetzt von Michael Schröter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Förtner, Maximilian; Belina, Bernd & Naumann, Matthias (2020). The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. Environment and Planning C: Politics and Space 39(3), S. 574–596. DOI: 10.1177/2399654420951803.
- Freiheit, Manuela; Sitzler, Peter & Heitmeyer, Wilhelm (2022). Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse. In Daniel Mullis & Judith Miggelbrink (Hrsg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen (S. 61–84). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839456842-004>
- Geiselberger, Heinrich (Hrsg.). (2017). Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp.
- Glorius, Birgit (2022). Neue Heimat ländlicher Raum? Zum Umgang mit Einwanderung und „Fremdheit“ in ländlichen Gemeinden in Deutschland. In Bernd Belina; Andreas Kallert; Michael Mießner & Matthias Naumann (Hrsg.), Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven (S. 339–355). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839460139-021>
- Grau, Andreas (2017). Zum Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum. In Kemal Bozay & Dierk Borstel (Hrsg.), Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft (S. 7–23). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-14245-2_2
- Hafener, Benno & Becker, Rainer (2008). Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das Beispiel Hessen. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 21(4), S. 39–44. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2008-0407>
- Heitmeyer, Wilhelm (2014). Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In Frieder Dünkel; Michael Herbst & Thomas Schlegel (Hrsg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge (S. 131–147). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-03931-8_13
- Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela & Sitzler, Peter (2020). Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin: Suhrkamp. <https://doi.org/10.3917/all.235.0267a>
- Herrenknecht, Albert (1977). Provinzleben. Aufsätze über ein politisches Neuland. Frankfurt am Main: Verlag Jugend und Politik.
- Jetzakowitz, Jens (2019). Perspektiven der Forschung: Soziologie. In Werner Nell & Marc Weiland (Hrsg.), Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch (S. 44–49). Berlin: J. B. Metzler. https://doi.org/10.1007/978-3-476-05449-4_8
- Klämer, Andreas & Osigus, Torsten (2021). Ergebnisse der Bundestagswahl 2021: ländliche Räume im Fokus (= Thünen Working Paper 181). Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. DOI: 10.3220/WP1634627943000
- Kuckartz, Udo (2018). Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung (4. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kursbuch (1975): Themenheft Provinz. Heft 39.
- Lefebvre, Henri (1972 [1970]). Die Revolution der Städte. München: List.

- Massey, Doreen (1994). *Space, Place, and Gender*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.
- Mishra, Pankaj (2017). *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.
- Mullis, Daniel (2024). *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte*. Stuttgart: Reclam.
- Mullis, Daniel & Miggelbrink, Judith (Hrsg.). (2022). *Lokal extrem rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839456842>
- Priebs, Axel (2020). Die Vielfalt ländlicher Räume (Interview). In Christian Krajewski & Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.), *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung* (S. 34–47). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Quent, Matthias (2014). Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. *Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen*. *Berliner Debatte Initial*, 25(1), S. 40–53.
- Richter, Ralph (2019): Sozialer Wandel ländlicher Gesellschaften. In Werner Nell & Marc Weiland (Hrsg.), *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Berlin: J. B. Metzler: 129–136. https://doi.org/10.1007/978-3-476-05449-4_19
- Schneider, Herbert (1998). Dorfpolitik. In Hellmut Wollmann & Roland Roth (Hrsg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden* (S. 86–101). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Simon, Titus et al. (2017). *Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Schweigen heißt Zustimmung*. Aktualisierte Neuauflage. Berlin: Bund der Deutschen Landjugend.
- Vogel, Christopher (2023). Mobile Beratung in ländlichen Räumen. In Friedemann Bringt; Marion Mayer; Nora Warrach & Esther Lehnert (Hrsg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung. Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven* (S. 76–86). Weinheim: Beltz Juventa.